

Normatives und faktisches Sozialkapital: Theorie und Praxis der externen Intervention im Kosovo

HENRIQUE SCHNEIDER (Zürich)

Wenige regionale Entitäten¹ der Welt weisen ein so engmaschiges Netz von internationalen, multinationalen, überstaatlichen und parastaatlichen Akteuren sowie Nicht-regierungsorganisationen auf, wie das Kosovo es tut. Geht man intuitiv von einer positiven Korrelation zwischen der Anwesenheit internationaler Präsenzen, dem Know-how-Transfer, der aus den Aktivitäten dieser Präsenzen entstehen soll, und der menschlichen, institutionellen und wirtschaftlichen „Entwicklung“ im regionalen Rahmen aus, so beweist der „Fall Kosovo“, dass diese Intuition nicht ohne Weiteres zutrifft. Was nicht stimmt, ist nicht lediglich die unterstellte Kausalität von internationaler Präsenz und Entwicklung, sondern die zugrunde liegende Annahme, dass die Präsenz an sich einen Beitrag an die Entwicklung leisten kann. Selbst, wenn das Kosovo verschiedentlich besser dasteht als nach dem Konflikt im Jahr 1999, geht es dem Land nicht wesentlich besser als der übrigen Region, die über weniger und weniger intensive internationale Präsenzen verfügt. Gelegentlich wird behauptet, das Kosovo sei trotz (und nicht wegen) dieser inter-, multi- und supranationalen Akteure vorangekommen (KING/MASON 2006).

Gemäß den internationalen Statistiken schneidet das Kosovo im westbalkanischen Vergleich sowohl in der wirtschaftlichen als auch sozialen Entwicklung lediglich durchschnittlich ab (WELTBANK 2011)². Gerade weil sich die gesamte Region in den letzten zehn Jahren institutionell, sozial und ökonomisch festigte, widerspricht das mittelmäßige Abschneiden des Kosovo der eingangs erwähnten Intuition. Wegen der verstärkten Präsenz der internationalen Gemeinschaft und des deswegen unterstellten Know-how-Transfers hätte sich das Land überdurchschnittlich entwickeln sollen.

Im Folgenden wird eine bestimmte Erklärung für diese Kontradiktion gegeben, die letztlich als Frage gestellt werden kann: Wie entsteht die Diskrepanz zwischen internationalen Vorgaben und lokalen Reaktionen im Kosovo? Die Antwort darauf liegt im Unterschied von Theorie und Praxis externer Intervention sowie in den lokalen Antworten darauf. Diese Diskrepanz wird im Lichte einer soziologisch-ökonomischen Theorie erklärt, mit dem Modell des Sozialkapitals. Die hier bevorzugte Erklärung wird so ausfallen, dass einerseits die internationalen Präsenzen das im Kosovo vorhandene Sozialkapital falsch einschätzten und nicht versuchten, es in ihrer Entscheidungsfindung angemessen zu berücksichtigen, und andererseits, dass das von den internationalen Institutionen mitgebrachte Sozialkapital selber eine Reihe von

1 Dieser Begriff wird hier bewusst gebraucht, um die Neutralität dieses Artikels zu unterstreichen. Damit ist nicht so sehr eine allfällige Statusneutralität gemeint, sondern die Tatsache, dass diese Analyse unabhängig des Status des Kosovo gelten kann.

2 Nach USAID (2006) sogar schlechter als der westbalkanische Durchschnitt, und auch unter dem Zentralasiatischen.

Problemen für den Umgang mit dem Staatsaufbau darstellte. Letztlich untersucht dieser Artikel folgendes Trilemma:

1. Internationale Präsenzen haben eine bestimmte Form von normativem Sozialkapital, dessen Implementierung ihr Auftrag ist.
2. Das Kosovo hatte – bereits vor dem Eingriff der internationalen Gemeinschaft – bestimmte Formen von normativem und faktischem Sozialkapital.
3. Faktisch leben die internationalen Präsenzen (als Institutionen und als Personen, welche für diese arbeiten) mit einem dritten und von der normativen Form des Sozialkapitals, das sie vertreten sollten (unter 1.), verschieden.

Auch wenn ein ähnlicher Ansatz bereits im Buch von KING und MASON (2006) verfolgt wurde, zielen Autoren darauf ab, die Strukturen – vor allem der UNMIK³ – zu kritisieren. Sie thematisieren die einseitigen Wirkungen des UNMIK-Protectorates auf das Kosovo und zeichnen ein Bild des Scheiterns. Der vorliegende Artikel wird nicht eine bestimmte Art von Präsenz analysieren, sondern das Zusammenspiel von normativem und faktischem Sozialkapital auf beiden Seiten untersuchen. Dafür wird die kosovarische Gesellschaft als Trägerin eines historisch gewachsenen Stocks an Sozialkapital betrachtet, die dadurch eine Austauschbeziehung mit den internationalen Präsenzen eingeht. In der hier favorisierten Analyse wirken beide aufeinander, d.h., das Kosovo prägt die internationalen Präsenzen genauso wie diese die kosovarische Gesellschaft prägen.

In einem ersten Teil dieses Artikels werden bestimmte Begriffe, wie internationale Präsenzen und Sozialkapital, erklärt; in einem zweiten werden die in der Form des Trilemmas dargestellten Stöcke an Sozialkapital vertiefter dargestellt und im dritten einzelne Spannungsfelder (Diskrepanzen) gesondert angesprochen. Die hier abgegebene Erklärung ist, dass sich diese Diskrepanzen in einem Austauschverhältnis von Sozialkapital (Wechselkurs) auflösen bzw. pragmatisch lösen. Dieser Artikel fokussiert dabei auf die kosovo-albanische Mehrheit der kosovarischen Gesellschaft⁴.

1. Präsenzen und Sozialkapital: Definitionen

1.1. Internationale Präsenzen

Wie eingangs erwähnt, ist das Netz von internationalen, multinationalen, überstaatlichen und parastaatlichen Akteuren sowie Nichtregierungsorganisationen im Kosovo sehr engmaschig. Dieses Netz soll unter dem Begriff „internationale Präsenzen“ subsumiert werden. Die Begriffskonstruktion deutet darauf hin, dass dieses Netz nicht einheitlich, sondern heterodox ist, keine Koordination hat (oder haben kann)⁵ und

- 3 United Nations Interim Administration Mission in Kosovo unter der UN Resolution 1244.
- 4 Diese Entscheidung hat einen vereinfachenden Charakter und soll auf keinen Fall die anderen im Land lebenden Gruppen diskriminieren. Methodisch ist es sinnvoll, sich auf die Mehrheit der Bevölkerung zu konzentrieren, wenn man sich dessen bewusst ist, dass ähnliche Analysen auf die Minderheiten applizierbar sind und demzufolge eine Forschungslücke konstituieren.
- 5 Im Sinne einer notwendigen Bedingung; sie können jedoch fallspezifisch koordiniert agieren oder sogar versuchen, sich generell abzusprechen.

sich verschiedenartig positioniert oder artikuliert. Dieser Begriff inkludiert ebenfalls lokale Nichtregierungsorganisationen (NGO), weil sie zum Teil von internationalen Institutionen finanziert werden und/oder deren Vorgaben unterstellt sind, oder weil sie größtenteils unter entscheidendem Einfluss der international anerkannten großen NGO stehen. Einige – aber bei weitem nicht alle – Institutionen werden im Folgenden aufgelistet.

Die wichtigsten über- und multinationalen Akteure sind: International Civilian Office (ICO), EU Rule of Law Mission in Kosovo (EULEX), United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK), Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), International Crisis Group (ICG), die NATO-geführte Kosovo Force (KFOR), EU Sonderbeauftragter im Kosovo (in Personalunion mit dem Vorsteher des ICO, EUSR), Europäische Kommission (EC), Weltbank (WB) und Rotes Kreuz (IKRK).

2003 gab es knapp 2300 NGO im Kosovo, davon rund 380 mit exklusiv internationalem Personal und internationalen Mitteln; 2008 war die Zahl noch gleich hoch, doch es fand eine Konsolidierung statt (USAID 2008). Viele kleine NGO existieren zwar noch, doch nur wenige, größere sind in der Öffentlichkeit aktiv. Es sind diese vor allem jene der Geberländer, bspw. USAID (USA), GTZ (Deutschland), OEZA (Österreich) und DEZA (Schweiz). Auch jene, die von starken Stiftungen unterstützt werden, zählen zu den wichtigeren, beispielsweise das Kosovar Institute for Policy Research and Development (KIPRED), die Kosovar Stability Initiative (IKS), Riinvest (mit universitärem Hintergrund) und das GAP-Institut. Ebenso wichtig sind einige NGO, die sich Bewegung nennen und gar einen ausgeprägten lokalen Patriotismus bis hin zum Nationalismus pflegen, wie Vetëvendosje, Çohu und Fol'08⁶. Zuletzt gibt es auch religiöse Gruppierungen, welche nicht nur international finanziert werden, sondern auch dem Kosovo fremde Formen der Spiritualität und des institutionellen Aufbaus der jeweiligen Glaubensgemeinschaft mitbringen.

Viele Organisationen weichen jedoch dem Terminus Nichtregierungsorganisation aus und nennen sich Institut (KIPRED, Riinvest), Think tank (GAP-Institut, Riinvest), Bewegung (Çohu, Vetëvendosje), Netzwerk, Gemeinschaft (Vetëvendosje) oder Stiftung. Die Gesetzestexte über Nichtregierungsorganisationen im Kosovo unterscheiden lediglich zwischen „Vereinen“ und „Stiftungen“⁷. Auch wenn viele der vorher genannten NGO nicht direkt aus dem Ausland stammen, finanzieren sich alle über Auslandseinnahmen. Daneben übernehmen sie – auch sich patriotisch gebend – eine Organisationsform und Funktionsweise, wie es sie in der entsprechenden Gesellschaft vorher nicht in dieser Form gab. Insofern sind sie stark „extern“ geprägt und zählen im Sinne dieses Artikels zu den internationalen Präsenzen.

Die kleine Gruppe von parastaatlichen Organisationen besteht aus jenen, die entweder legal oder illegal versuchen, parallele politische Systeme im Kosovo aufzu-

6 Zwar sind diese drei Organisationen kosovo-albanisch, dennoch sind sie organisatorisch und prozessual in der Art der üblichen international tätigen NGO aufgebaut. Ihre Arbeit gleicht mehr der Tätigkeit einer „Soros Foundation“ als einer „grassroots“ Bewegung; siehe weiter unten. Sie übernehmen Strukturen, Abläufe und vor allem Rhetorik und Strategien, welche typisch für internationale NGO sind.

7 Gemäß Gesetz 2009/03-L-134.

bauen. Allen voran gehören die von Belgrad finanzierten Institutionen dazu, aber auch einige, die sich im Rahmen der sogenannten Dezentralisierung in Nischen zu behaupten versuchen, so beispielsweise aus der Türkei finanzierte Parteien, Schulen und Krankenhäuser.

Jene Organisationen, die in diesem Abschnitt als repräsentativ für die Vielzahl der im Kosovo aktiven „Externen“ genannt wurden, sind weder koordiniert noch homogen, sie haben keine gemeinsamen Ziele, Prozesse oder Interessen. Trotzdem versuchen sie alle, Know-how so zu transferieren, dass dem Kosovo (oder einem Teil seiner Bevölkerung) geholfen wird – im Idealfall nach der bekannten Devise „Hilfe zur Selbsthilfe“. Gerade diese heterogene Vielschichtigkeit soll vom Begriff „Internationale Präsenzen“ konzeptionell aufgefangen werden.

1.2. Sozialkapital

In Anlehnung an die OECD (2000: 43) wird im Folgenden unter Sozialkapital der Bestand an gemeinsam geteilten Normen, Werten und Überzeugungen sowie eines Netzwerkes in Form sozialer Beziehungen und Interaktionen verstanden. Sozialkapital ist somit – zumindest in einem ersten Schritt – gleichbedeutend mit „Gemeinschaft“, d.h. einer Gruppe von Leuten, die direkt, häufig und in vielgestaltiger Weise miteinander interagieren (BOWLES/GINTIS 2001). Es kann sich dabei um Arbeitsteams, professionelle und geschäftliche Netzwerke, Verbände, Vereine, Clubs, Selbsthilfeorganisationen usw. handeln. Persönliche Beziehungen stehen beim Sozialkapital im Vordergrund. Gemeinschaften sind deshalb vor allem für die Lösung von Problemen in einem kleineren, überblickbaren Rahmen geeignet.

Diese allgemeine und abstrakte Definition mag einleuchtend sein, ihre Operationalisierung stellt jedoch eine Herausforderung dar. Bei einer Messung für internationale Vergleiche wird zumeist auf Umfragen über das soziale Vertrauen (als approximativer Indikator) und die Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden, Clubs usw. abgestellt. Hierzu eignen sich insbesondere die Erhebungen des World Values Survey, die zwischen 1981 und 1997 in einer Vielzahl europäischer und außereuropäischer Ländern durchgeführt wurden (IGLEHART 2000; IGLEHART und BAKER 2000). Ihnen wird jedoch vorgeworfen, es handle sich um eine kulturell geprägte Skala, bei der Regionen, in denen man eine hohe soziale Kohäsion vermuten würde (z.B. Asien), unterdurchschnittlich abschneiden, weil sie keine ausgeprägten Vereinstätigkeiten im Sinne des Befragers kennen.

Das Vertrauen kann ein zweites Proxy für Sozialkapital sein. Kenneth ARROW (1972: 343ff.) hat mit Nachdruck auf die große Bedeutung des Vertrauens im Wirtschaftsleben hingewiesen: „Virtually every commercial transaction has within itself an element of trust, certainly any transaction conducted over a period of time. It can be plausibly argued that much of the economic backwardness in the world can be explained by the lack of mutual confidence.“ Das Sozialkapital hat einen direkten Einfluss auf die wirtschaftliche Tätigkeit. Es reduziert über die Vertrauensbildung die auf Märkten anfallenden Transaktionskosten. Das soziale Vertrauen ist auch die Grundlage für den Aufbau von Netzwerken. Es fördert die erfolgreiche Zusammenarbeit in und zwischen Unternehmen, es erhöht die Bereitschaft zur Kommunikation und begünstigt die Arbeitszufriedenheit und Arbeitsmotivation der Mitarbeitenden.

Kollektive Problemlösungen und organisatorische Neuerungen können so auch leichter umgesetzt werden (KUNZ 2000; KNACK/KEEFER 1997). Sozialkapital kann die Bildung von Netzwerken innerhalb einer politischen Entität, die auf Normen und gegenseitigem Vertrauen basieren, sowie die Bildung von autonomen Arbeits- oder Aktionsteams, die selber für die Gestaltung ihrer Arbeitsabläufe und die erzielten Resultate verantwortlich sind, erleichtern.

Putnam, der den politischen Willensbildungsprozess in Italien analysierte, kam auf vier Komponenten des Sozialkapitals: „Trust“ (Vertrauen), „Norms of Reciprocity“ (Gegenseitigkeit), „Networking“ (Interdependenzen) und „Bonding and Bridging“ (keine Übersetzung; in etwa Verbundenheit aus Homogenität und Verbindung in Heterogenität) (PUTNAM 1993). Vertrauen ist für ihn mehr als etwas Persönliches, es umfasst auch ein Verhältnis zu den politischen Institutionen, das auch im einzelnen Individuum ein gewisses Verantwortungsgefühl weckt. Das Prinzip der Gegenseitigkeit spricht dafür, das Abstraktionsvermögen, die Gesamtgesellschaft – und nicht nur das Gegenüber – als Partner zu akzeptieren. Damit wird garantiert, dass in einer Austauschbeziehung nicht eine sofortige und kausale Gegenleistung erwartet wird, sondern dass soziale Stabilität und Kohäsion an sich als Gegenleistungen anerkannt werden. Während sich das Netzwerken auf die Vereinstätigkeit und auf alle horizontale Beziehungen bezieht, sind „Bridging and Bonding“ nuancierter. „Bonding“ meint das Sozialkapital, das in einer homogenen Gruppe entsteht, beispielsweise in einer Gang; „Bridging“ andererseits meint das von heterogenen Gruppen kreierte Sozialkapital, beispielsweise von einem Chor.

Elinor OSTROM (1999) identifiziert vier wichtige Facetten des Sozialkapitals. Erstens verliert es mit seinem Gebrauch nicht an Wert; im Gegenteil, es verliert an Wert, wenn es nicht gebraucht wird. Zweitens ist es nur schwer beobachtbar und messbar und drittens ist es schwer zu implementieren, insbesondere von externen Systemen. Viertens haben nationale und regionale politische Institutionen großen Einfluss auf die langfristige Bildung von Sozialkapital.

Nach Ostrom kann Sozialkapital sowohl positive als auch negative Wirkungen auf die Gesellschaft entfalten. Zu ersteren zählen die stärkere Normbefolgung durch soziale Kontrolle, die soziale Kontrolle an sich, familiäre Unterstützung und „Benefits“ (öffentlicher Nutzen) aus den Netzwerken. Negative Aspekte sind der eingeschränkte Zugang zu neuen Gelegenheiten, eingeschränkte persönliche Freiheit, die Möglichkeit exzessiver Ansprüche der Gruppenmitglieder und nivellierende Normen, die leistungshemmend wirken. Mechanismen, die den Austausch unter Mitgliedern erleichtern, erschweren ihn mit Nichtmitgliedern. Ferner bietet Sozialkapital Gelegenheiten zu „free-riding“ (d.h. Güter nutzen ohne einen Beitrag für ihre Bereitstellung zu leisten); die Gruppensolidarität verdichtet sich in Konfliktfällen mit den Außenstehenden und begünstigt die Erbringung von „Bads“ (negativen Effekten) wie Mafiabildung ohne Sanktionsmöglichkeit.

Im Zuge dieses Artikels wird weiter zwischen faktischem und normativem Sozialkapital unterschieden⁸. Das Normative bezieht sich auf Gesellschaftsbilder, auf welche der Aufbau staatlicher Institutionen nach „westlichem“ Vorbild und demnach

8 Eigene Begriffsprägung.

auch die Entwicklungshilfe abzielen, d.h., normatives Sozialkapital versucht die von Putnam erkannten Komponenten in einer Gesellschaft zu verwirklichen und sieht sich durch die dritte von Ostrom angeführte Charakteristik, die erschwerte Implementierbarkeit von Sozialkapital durch Externe, herausgefordert. Einfach dargestellt: Das Bild des demokratischen Kosovo nach „westlichem“ Vorbild ist einfacher gezeichnet als bewerkstelligt.

Jene Ziele sind insofern normativ, als sie bereits im Auftrag diverser internationaler Präsenzen als anzustrebenden Endzustand der kosovarischen Gesellschaft definiert sind. Für den Fall des Kosovo oft unter den „Standards“ subsumiert, könnten sie aber auch anders lauten und auf andere Endzustände abzielen. Der Aufbau einer linksbürgerlichen, albanischen Gesellschaft kann ebenso normatives Sozialkapital enthalten wie der Aufbau einer traditionellen, serbischen Entität, einer sufi-religiösen Gemeinschaft oder eines wirtschaftsliberalen, internationalen Wirtschaftsstandortes. Das normative Sozialkapital, das dem Kosovo gegeben werden sollte, war jenes einer kosmopolitischen, toleranten, multiethnischen und liberalen Gesellschaft, die sich als demokratische Willensnation versteht und sich an europäischen Institutionen und Prozessen orientiert. Die Staatsverfassung kennt in Artikel Sieben die Festlegung der gemeinsamen Werte des Staates⁹.

Faktisches Sozialkapital bezieht sich wiederum auf die Wirklichkeiten des Lebens und könnte empirisch gemessen werden, sofern eine Operationalisierung gelänge. Es besteht aus jenen Verbindungen und Beziehungen, die im Alltag faktisch existieren. In der kosovarischen Gesellschaft drückt sich dieses faktische Sozialkapital im Alltag in Form von komplexen Familien, Dörfern, Ältestenräten in den Dörfern, Verbindung zwischen den Ältestenräten, Sportclubs, „Bewegungen“, Vereinigungen, Zeitungen, Diskussionsrunden und so weiter aus. Aber auch die internationalen Präsenzen haben einen Stock an faktischem Sozialkapital akkumuliert, der seinerseits in ihren Verbindungen, Treffpunkten, Reisen, der Restaurantkultur, Tätigkeiten, Freizeitaktivitäten und so weiter seinen äußeren Ausdruck findet.

9 “Article 7 [Values] 1. The constitutional order of the Republic of Kosovo is based on the principles of freedom, peace, democracy, equality, respect for human rights and freedoms and the rule of law, non-discrimination, the right to property, the protection of environment, social justice, pluralism, separation of state powers, and a market economy. 2. The Republic of Kosovo ensures gender equality as a fundamental value for the democratic development of the society, providing equal opportunities for both female and male participation in the political, economic, social, cultural and other areas of societal life.” Eine andere Aufzählung findet sich auch in der Präambel zur Verfassung: “We, the people of Kosovo, determined to build a future of Kosovo as a free, democratic and peace-loving country that will be a homeland to all of its citizens; committed to the creation of a state of free citizens that will guarantee the rights of every citizen, civil freedoms and equality of all citizens before the law; committed to the state of Kosovo as a state of economic wellbeing and social prosperity; convinced that the state of Kosovo will contribute to the stability of the region and entire Europe by creating relations of good neighborliness and cooperation with all neighboring countries; convinced that the state of Kosovo will be a dignified member of the family of peace-loving states in the world; with the intention of having the state of Kosovo fully participating in the processes of Euro-Atlantic integration; in a solemn manner, we approve the Constitution of the Republic of Kosovo.”

Normativ ist also das als „gut“ und „anzustrebend“ erachtete Sozialkapital und faktisch ist dasjenige, das in den Handlungen und vorhandenen Werthaltungen zum Tragen kommt. Freilich schließen sie sich nicht aus, sondern kommen – im Normalfall – gemeinsam zum Tragen.

2. Fälle von Sozialkapital

In diesem Abschnitt werden beide Ausprägungen des Sozialkapitals untersucht: Einerseits das durch die internationalen Präsenzen angezielte und vorgelebte, andererseits das bereits im Kosovo vorhandene und das nach dem Krieg von 1999 zementierte. Insgesamt werden hier drei verschiedene Stöcke von Sozialkapital analysiert, nämlich die in der Einleitung als Trilemma einander gegenüber gestellten.

2.1 Internationale Vorgaben

Die acht Standards, welche der UNMIK als Orientierung dienen und deren Implementierung als Auftrag galt, vermögen das gewünschte Resultat an normativem Sozialkapital seitens der internationalen Präsenzen zusammenzufassen. Gemäß „Kosovo Standards Implementation Plan“ vom 31. März 2004 sind dies:

1. Funktionierende demokratische Institutionen
2. Ein öffentliches Leben, das auf faire Gesetze aufbaut („Rule of Law“)
3. Die Freiheit, sich im Land zu bewegen – insbesondere für ethnische Minderheiten („Freedom of Movement“)
4. Nachhaltige Perspektive zur Rückkehr der Minderheiten und Wahrung der Rechte der verschiedenen Gemeinschaften
5. Wirtschaftlicher Aufbau
6. Gewährleistung von Eigentumsrechten
7. Dialog der Gemeinschaften und Kulturen
8. Umwandlung der UÇK in die KPC (und nun in die KSF)¹⁰.

Als neunten Standard kann aus der Praxis der externen Intervention die multiethnische Gesellschaft gezählt werden. Zwar ist sie vor allem in Standard Sieben angesprochen, aber dort nicht explizit verankert. Der Dialog der Gemeinschaften und Kulturen möchte eine Bereitschaft, miteinander zu leben, herstellen; die multiethnische Gesellschaft als neunten Standard möchte ebendiese zur Identität des kosovarischen Staates machen, was über Standard Sieben hinausgeht¹¹.

10 Die UÇK (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, „Befreiungsarmee des Kosovo“) war eine militärische Miliz, die für die Unabhängigkeit des Kosovo kämpfte. Nach dem Krieg erfolgte die Entwaffnung ihrer Angehörigen und ihre Überführung in die institutionell abgesicherte KPC (Kosovo Protection Corps, „Kosovo Schutzkorps“). Nach der unilateralen Unabhängigkeitserklärung wurde die KPC in die KSF (Kosovo Security Force, „Kosovo Sicherheitskraft“) überführt.

11 Die Staatsverfassung selbst nennt die Multiethnizität erstmals in Artikel 3 Absatz 1 (Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz) und weitere vier Male: Art. 6 Nationale Symbole; Art. 59 Rechte der ethnischen Gemeinschaften; Art. 108 Judikative und Art. 129 Nachrichtendienst.

Ein Zweifaches ist zu diesen Standards anzumerken. Zunächst sind sie normativer Natur – wie das Wort es selbst sagt –, da sie einen Endzustand oder eine ideale gesellschaftliche Organisationsform vorgeben. Zum anderen repräsentieren sie nicht nur an sich Sozialkapital, sondern setzen darüber hinaus einen Grundstock voraus, der die Zielerreichung bewerkstelligt oder mindestens erleichtert. Ist diese Basis nicht vorhanden, muss sie zunächst gebildet werden. In einem abstrakten Sinne würde die Steuerung der Zielerreichung den multi- und übernationalen Organisationen (UNMIK, EULEX, ICO, KFOR) zufallen und die Erarbeitung des Grundstocks an Sozialkapital den diversen NGO als Aufgabe zukommen.

Dieser Aufbau stellt eine große Herausforderung dar, denn der Katalog der notwendigen Kriterien ist lang. Hier folgt nun eine zusammengefasste Aufzählung jener Elemente, die für die Implementierung dieses normativen Sozialkapitals notwendig sind¹².

Sollte die kosovarische Gesellschaft nach den angesprochenen Standards funktionieren, würde dies bedeuten, dass sie konkret über Möglichkeiten pluralistischer Vereinsbildung und sachlicher, personenunabhängiger Argumentation verfügen müsste. Weiter sollte Chancengleichheit als materielles Konzept neben dem Integrationswillen von Minderheitsgruppierungen bestehen. Meist können beide nur dann materiell verwirklicht werden, wenn erfolgreiche Beispiele bereits erlebt wurden und diese durch Übereinkunft zur gemeinschaftlichen Orientierung avancieren.

Versöhnung, Vergebung und Aufarbeitung der Vergangenheit gehören ebenso zu den Voraussetzungen im Sinne der Standards. Faire Gesetze, Einhaltung der öffentlichen Ordnung und auch die Wahrung von Eigentumsrechten setzen den Willen zur Gesetzgebung und die Einsicht, Teile der persönlichen Freiheit abzugeben, voraus; das sind Elemente des „Trust“ nach PUTNAM (1993). Auch hier ist dies leichter zu bewerkstelligen, wenn bereits Systeme erlebt wurden, in denen langfristig und allen Beteiligten einen Vorteil aus dem Gesetz entstanden ist und das Gesetzssystem als neutrale Instanz erlebt wurde. Die Fairness als gesellschaftlicher Kompromiss sollte ebenfalls getragen werden, ohne dass eine sofortige Gegenleistung im kausalen Sinne erwartet werden kann; dies sind typische Elemente der „Reciprocity“ nach Putnam.

Wirtschaftlicher Aufbau setzt solide Vorahnungen von Eigentum, Freiheit, Verantwortung und individualisierbarem Risiko sowie von der möglichen Begrenzbarkeit dieser Werte voraus. Dazu gehört auch die Einsicht, dass Sozialität individuelle oder familiäre Werte eingrenzen kann. Möglichkeiten zur Bildung von strategischen Erfolgspotenzialen beeinflussen dieses Ziel ebenso positiv wie die Perspektive, Skalenerträge zu erzielen. Oft geht wirtschaftliche Prosperität mit Demokratie, meist mit einer stabilen Rechtslage, einher, in der Individuen frei agieren können und keine übermäßige Verpflichtungen Traditionen gegenüber haben¹³. Grobmaschige Netzwerke von Gleichgesinnten erleichtern die wirtschaftliche Entwicklung im Binnen-

12 Dieser und die nächsten Absätze sind mit Vorsicht zu lesen. Es wird hier keineswegs gesagt, dass die angesprochenen Fähigkeiten und Werte fehlen. Es wird behauptet, dass sie notwendig sind, um dem Idealzustand zu entsprechen. Falls sie nicht vorhanden wären, würde ihr Aufbau auf verschiedene Arten für die Zielerreichung kritisch sein.

13 Zumindest haben die Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit, einen graduellen Umgang mit der Tradition zu wählen.

land. Internationale Verträge begünstigen die ökonomischen Beziehungen zum Ausland. Bildung, Innovation, Mobilität und persönliche Flexibilität sind weitere Treiber beim Aufbau des Typus von Sozialkapital, das die Implementierung der Standards ermöglicht.

Der aufgrund historischer Erfahrungen wohl problematischste Grundstock betrifft die Ziele des Dialogs zwischen den Kulturen, der Bewegungsfreiheit, der Rückkehrrechte und der Multikulturalität, da diese ein stärkeres „Bridging“ verlangen. Sie setzen ihrerseits voraus, dass entweder der Wille vorhanden ist, sie sozial als normatives Datum zu übernehmen, oder dass bereits Erfahrungen im Umgang mit ihnen als im Allgemeinen positive und gemeinschaftsfördernde Werte gemacht wurden.

Es sei weiter angemerkt, dass die Standards nicht vorhaben, bestimmte Interaktionsfelder der gesellschaftlichen Realität zu regeln, sondern einen noch umfassenderen Anspruch haben: Sie umfassen die Gesamtheit aller Lebenswelten des Staates und seiner Bevölkerung, weil sie basale Beziehungen regeln.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Implementierung der Standards von einer breiten gesellschaftlichen Abstimmung ihrer einzelnen Vorbedingungen abhängig ist. Diese Vorbedingungen wurden nicht alle aufgezählt, doch bereits diese kurze Übersicht lässt auf die Komplexität schließen. Einerseits besteht der Grundstock aus einer Vielzahl von Einzelementen, andererseits ist der Zeitrahmen für die Vernetzung dieser Elemente und für ihre Umsetzung eng bemessen, denn – und dies ist rein faktischer Natur – die internationalen Präsenzen müssten aufgrund ihres Mandates so schnell wie möglich ihre Wirksamkeit beweisen¹⁴. Vertrauen in die Gesellschaft, in fremde Personen, in Institutionen werden von den acht oder neun Standards ebenso vorausgesetzt wie der Wille, (erlangte) Autonomie an eine abstrakte Entität abzugeben, zu vergeben, auf eigene Rechte und Ansprüche zu verzichten oder einzusehen, dass individuelle und gemeinschaftliche Präferenzen oft unterschiedlich sind. Kurz: Das von den Standards unterstellte normative Sozialkapital setzt die vier Dimensionen Putnams als faktisch vorhanden und geltend voraus.

2.2. Züge des vorhandenen Grundstocks¹⁵

Über welchen Grundstock an Sozialkapital verfügte die kosovo-albanische Gesellschaft, als die internationalen Präsenzen in die Region kamen, über welchen verfügt sie heute, wie verschieden war er von dem, was normativ aufzubauen war, und wie veränderte er sich? In diesem Abschnitt soll eine grobe Übersicht über die vorhande-

14 Auch dies ist nicht normativ zu verstehen. Internationale Präsenzen werden von jeweiligen Entsendern mit einem Mandat ausgerüstet. Nun sind die Präsenzen angehalten, ihren Entsendern zu zeigen, dass sie ihr Mandat implementieren können. Dieser Zyklus orientiert sich oft an den politischen Zeitverhältnissen der Entsender.

15 Dieses Kapitel lehnt sich an Beobachtungen und Feldforschungen, die zwischen 2007 und 2011 im Kosovo durchgeführt wurden. Insgesamt dienten 45 Interviewpartner als Auskunftgeber. Ihre Verteilung: männlich 32, weiblich 13; Landbevölkerung 29, Stadtbevölkerung 16; 20–35 Jahre 7, 35–50 Jahre 18, 50–70 Jahre 13, älter als 70 Jahre 7; tertiäre Ausbildung 29, andere 16; Wohn- und Arbeitserfahrung im Ausland 7, andere 38; Region Llap 10, Region Prishtina/Kosovofeld 13, Region Dukagjin 11, Region Drenica 11.

nen Stöcke an Sozialkapital gegeben werden. Freilich werden zu diesem Zweck Vereinfachungen gemacht. Es sei auf eine solche speziell hingewiesen:

Die kosovo-albanische Gemeinschaft ist alles andere als homogen; sie ist regional unterschiedlich und verfügt demzufolge über verschiedene Arten von faktischem Sozialkapital (in Anlehnung an SUNDHAUSSEN 1997 und ROTH 1997). Wenn im Folgenden von einer „kosovo-albanischen“ Gesellschaft gesprochen wird, so ist keineswegs eine Einheit oder eine einheitliche Orientierung im Sinne einer Gemeinschaft gemeint, sondern eher eine „Familienähnlichkeit“ (im Sinne Wittgensteins) von den im Land vorhandenen Regionen und Strukturen.

Viele der heute tätigen lokale Vereine – d.h. politische Parteien, Organe der Selbstverwaltung; nicht aber NGO – entwickelten sich als Opposition zum jugoslawischen Staat und wirken oft noch mit Berufung auf vor- (oder: para-)jugoslawische Traditionen und Rechte. Oft waren genau diese Organisationen eine Form von Einbildung und von gemeinschaftlicher Mythos-Bildung, was jedoch ihren Wert als Orientierungspunkt nicht mindert. Mit der Verschärfung der Situation der Kosovo-Albaner während der Milošević-Regierung (1989–1999/2000) bildeten sich politische Bewegungen, welche mehr als nur Opposition betrieben, sondern das Ziel verfolgten, den serbischen Staat zu boykottieren – oder ihn zu bekämpfen. Für die Bildung von Sozialkapital relevant ist die Tatsache, dass alle heute noch tätigen politischen Parteien ihren Ursprung im zivilen Ungehorsam fanden; ob im friedlichen, wie die Rugova-Partei LDK, oder im bewaffneten Widerstand, wie die Befreiungsarmee-Nachfolgeparteien PDK (Thaçi), AAK (Haradinaj) und Vetëvendosje (Kurti) (CLARK 2000; TANSEY 2009).

Ebenso relevant ist der Aufbau einer zur serbischen Verwaltung parallelen Gesellschaft. Damit wurde ein Dreifaches bewirkt: Erstens wurde das von außen auferlegte, verfassungsmäßige und serbische System abgelehnt. Zweitens wurde eine nicht-offizielle, parallele albanische Gesellschaft als einzig möglichen Weg zur Überlebensfähigkeit der albanischen Bevölkerung anerkannt. Drittens wurde das Individuum genau diesem parallelen Kollektivum unterstellt, und zwar im Versprechen, in Zukunft daraus Nutzen ziehen zu können (SCHWARZ 2002 und VON KOHL et al. 2004).

Diese Periode führte zur Formierung einer durchaus aktiven Zivilgesellschaft. Als Ergebnis ihrer Ausgrenzung aus dem öffentlichen Leben kam die albanische Bevölkerungsmehrheit im Ziel überein, die Befriedigung essentieller sozialer Bedürfnisse in Kultur, Bildung und im gesamten öffentlichen Leben mit den Möglichkeiten und Mitteln einer Zivilgesellschaft sicherzustellen. Daneben versuchten verschiedene Vereinigungen, die nicht der „parallelen Herrschaftsstruktur“ zuzurechnen waren, der Bevölkerung durch private Aktivitäten zu helfen. Der „Rat für die Verteidigung der Menschenrechte und Freiheit“, die „Union der Gewerkschaften im Kosovo“, verschiedene Frauenorganisationen und die „Unabhängige Union der Studenten“ protestierten gegen die serbische Unterdrückung und wollten gleichzeitig durch ein nochmaliges paralleles Bildungs- und Gesundheitssystem¹⁶ in diesen Bereichen Abhilfe schaffen (CLARK 2000).

16 Quasi ein paralleles System zum parallelen System.

Im Zuge der Militarisierung von Teilen dieser Parallelgesellschaft kamen weitere Werte zum Grundstock hinzu oder bestehende erfuhren eine Umdeutung und Neubesetzung, so unter anderem die Bereitschaft, sich als Individuum für ein übergeordnetes Ganzes zu opfern, die Zuwendung und das Vertrauen zu „Brüdern im Kampf“ sowie die Möglichkeiten des Aufstiegs dank eigener Leistung¹⁷ (ANDERSON/PHILIPS 1999).

In diesem Sinne hat die kosovo-albanische Mehrheit vor dem Krieg bereits gezeigt, dass sie über einen wandelbaren und komplexen Grundstock an Sozialkapital verfügte. Bei genauer Analyse wird es deutlich, dass diese Gesellschaft grob vereinfacht zwei verschiedene Typen von Grundstöcken an Sozialkapital aufwies: ihre selbstreferenzierte traditionelle Lebensform einerseits und ein neues Sozialkapital, das zunächst als Opposition zum existierenden normativen und faktischen Stock Jugoslawiens oder Serbiens konzipiert war¹⁸. Woraus bestand der „traditionelle“ Grundstock?¹⁹

Elemente des gesellschaftlichen Sozialkapitals im Kosovo sind die traditionelle Orientierung an Familie und Dorf. Die ländlichen Familien sind mehrheitlich (noch) komplexe Familien, in welchen die Eltern mit allen erwachsenen Söhnen und deren Familien ein System bilden. Es gibt in ländlichen Gebieten Haushalte, die 25 bis 100 Mitglieder zählen. Dazu gehören die beiden Eltern, vier bis fünf erwachsene, verheiratete Söhne mit eigenen Frauen und im Durchschnitt je drei bis fünf eigenen Kindern. Die Macht in einer komplexen Familie hat der Familienvater oder der durch ihn eingesetzte Sohn, der über die Finanzen der Familie bestimmt sowie alle wichtigen Entscheidungen für die große Familie trifft (KASER 1996). Für das Sozialkapital bedeutet dies eine personelle Verpflichtung einer Führungsfigur gegenüber und eine Bevorzugung des eigenen Familienkomplexes, den man gegen außen durch eine Mauer – bildlich und faktisch – abgrenzt.

Ökonomisch gesehen bau(t)en die komplexen Familien auf Subsistenz. Mit eigenen Tieren und Gärten erwirtschaften sie genug, um die eigene Versorgung sicherzustellen. Hilfe innerhalb des Komplexes ist kein sozialer Akt, sondern eine nicht hinterfragbare Pflicht. Auch mit den heute gegebenen Möglichkeiten der Betätigung im freien Markt bleiben gerade diese Strukturen erhalten. Söhne und zunehmend auch Töchter wirtschaften außerhalb des Komplexes, die Früchte hingegen kommen der Familiengemeinschaft zu Gute. Pflichten, wie das sich gegenseitige Aushelfen, die

17 Als militärische Beförderung beispielsweise.

18 Orientierungssysteme für die aktive Gestaltung eines eigenen Landes fehlten. Das Kosovo hatte keine Erfahrung mit Unabhängigkeit. Albanien selber „importierte“ seine letzten Regierungssysteme, eine kurzlebige Monarchie, die isolationistische Diktatur und der (bis 1999) harzig funktionierende Parlamentarismus. Trotzdem vermochte das Kosovo das eigene Sozialkapital politisch zu mobilisieren. Ein oft zitiertes Beispiel für dieses Kapital oder eher für seinen Einsatz in den Außenbeziehungen ist der selbst ernannte Präsident Rugova. Seine Strategie basierte auf drei Pfeilern: Verzicht auf Gewalt, Internationalisierung der Kosovo-Frage, konsequente Verweigerung der Anerkennung der Legitimität serbischer Herrschaft.

19 Auch die Tradition oder das Verständnis einer solchen ist eine vom Sozialkapital geprägte Konstruktion.

Pflege der Landwirtschaft und die Unterordnung bleiben weiterhin bestehen. Für das Sozialkapital relevant sind gerade die Konsequenzen eines solchen Systems, das dazu tendiert, „Insider“ zu bevorzugen, Skaleneffekte in der Produktion zu verhindern und insgesamt die Effizienz zu mindern (KASER 2000, SUNDHAUSEN 1997), das aber auch durch die Überbetonung von „Bonding“ die Dimensionen von „Trust“ und „Bridging“ zurücksetzt.

Die institutionelle Organisation der traditionell staatsfernen kosovo-albanischen Gesellschaft ist das Dorf (RRAPI 2003). Die Familienältesten versammeln sich regelmäßig im Ältestenrat, in dem sie die grundlegenden Entscheidungen beraten, die das gesamte soziale Gebilde betreffen. Auch hier wiederholen sich die bekannten Strukturen: Die gefällte Entscheidung verpflichtet die Angehörigen des Dorfes gegenseitig (und gegen die Außenwelt, der man nicht traut). Die gemeinschaftliche Solidarität und die unabwägbare Justizialität der Ehre haben auch hier einen festen Wert. Ein großer Unterschied zur komplexen Familie besteht trotzdem. Die Ältestenräte haben keinen Anführer, sie bestehen aus gleichrangigen Ältesten, die einen nominellen Moderator bestimmen, der aber keinesfalls eine exekutive oder judikative Kompetenz hat. Das Gremium entscheidet als Kollegium. Hier entsteht zwar eine Art von „Trust“ und „Reciprocity“, doch nur in einem personell engen Verständnis.

Nach GARSTKA (2010) und BOHN/CALIC (2010) sind die Verhältnisse in städtischen Familien etwas anders; aus finanziellen Gründen und aufgrund der Wohnverhältnisse sind komplexe Familien selten. Nur die Eltern leben mit den eigenen Kindern zusammen. Heute müssen oft Mann und Frau für die Familie sorgen, wobei letztere lediglich ein Zusatzeinkommen generiert. Die Mutter ist für den Haushalt und für die Erziehung der Kinder zuständig. Oft bestehen in der Freizeit eine Männergesellschaft und eine Frauengesellschaft mit eigenen Lebenskreisen. Das Leben in der Stadt weist einen ähnlichen Grundstock an Sozialkapital auf, wie es in den durchschnittlichen zentraleuropäischen Städten vorhanden ist.

Eine umfassende Antwort auf die Frage, welches Sozialkapital die kosovo-albanische Gesellschaft hat, wird aufgrund des hier Dargestellten nicht möglich sein. Die Frage führt jedoch zu einer Dualität: Einerseits gibt es einen Grundstock, der sich durch starke Familienbande, Misstrauen dem Fremden gegenüber, personelle und lokale Gebundenheit, unabwägbare Justiziabilität, Subsistenz und dialogale Institutionen auf engem Rahmen kennzeichnet. Dieser Grundstock basiert auf Werten der Homogenität und folgt dem „Bonding“-Muster nach PUTNAM 1993.

Andererseits gibt es auch einen Grundstock, der überregional, überfamiliär, zielgerichtet, oppositionell und leistungsorientiert ist, der auf dem Vertrauen gleichgesinnter und der Bereitschaft, sich dem Ganzen zu unterordnen basiert. Hier wird „Bridging“ im Lichte einer sehr kurzfristig verstandenen „Reciprocity“ möglich; „Trust“ bleibt erschwert. Je militanter sich dieser Grundstock ausprägt, desto weniger wichtig wird der dialogale Charakter der Institutionen und desto stärker tritt die Führungsgebundenheit in Erscheinung. Hier kommt die Werterschaffung aus der Heterogenität, das „Bridging“-Muster nach Putnam, zur Geltung. Es ist hier anzumerken, dass beide Grundstöcke zunächst konträr aber sicher nicht kontradiktorisch zueinander stehen. Im Verlauf der Zeit sind sie nicht einmal mehr konträr, sondern können sich gegenseitig ergänzen.

Dieser relativ neue, „nationale“ Stock wurde insbesondere in den 1990er Jahren angehäuft und eingesetzt, um eine „nationale“ Kohäsion zu bilden und um als Macht dem als Unterdrücker wahrgenommenen Serbien gegenüber gestellt zu werden. Selbstreferenzierte traditionelle Muster wurden zu Gunsten eines neuen Narrativen zurückgestellt. Dieses sah vor, aus der Heterogenität kosovo-albanischen Lebens Synergien sowohl im Aufbau einer Gesellschaft als auch in der Führung eines bewaffneten Widerstandes zu erzielen. Der Preis dafür wäre die Anerkennung gemeinsam bindender Strukturen, die Unterordnung unter bestimmte Führungsprozesse und die materielle Unterstützung der personellen Träger dieser Prozesse (SCHNEIDER/SCHNEIDER 2011; STAHL/HARNISCH 2009; REITER/SELTEN 2003, KNAUS/MARTIN 2003).

2.3. Das faktische Leben der Internationalen Präsenzen

Bisher sind zwei verschiedene Systeme von Sozialkapital in Grundzügen dargestellt worden: das von den internationalen Präsenzen mitgebrachte normative und das faktische der Kosovo-Albaner (ob „traditionell“ oder echt gelebt, oder „neu kreiert“ oder umgedeutet). Ein drittes System ist nun vorzustellen, das faktische, tatsächlich von den Angehörigen der internationalen Präsenzen vorgelebte Sozialkapital. Nicht selten steht dieses Sozialkapital im Widerspruch zum normativen. Dieser Widerspruch ist einerseits institutionell angelegt und entsteht andererseits aus der konkreten Lebensführung der Angehörigen dieser Präsenzen.

Im Lichte der zu implementierenden Ziele ist die fast schon absolutistische Machtkonzentration durch den „Special Representative of the Secretary General“ (SRSG, UNMIK-Verwaltungsvorsteher) ein Widerspruch (KNAUS/MARTIN 2003; SCHWARZ 2002; ROSSBACHER 2004; VON KOHL et al. 2004). Ein System, welches das faire Miteinander demokratischer Institutionen bezweckt, verleiht seinem höchsten Vertreter die Macht, Gesetze zu schöpfen, sie zu vollziehen und darüber zu urteilen. Darüber hinaus verfügt er über die Macht, von den kosovarischen Institutionen verabschiedete Gesetze mit einem Veto zu blockieren. Selbst, wenn diese Macht nach der unilateralen Unabhängigkeitserklärung lediglich eine theoretische ist²⁰, sind die Prärogative des SRSG innerhalb der UNMIK immer noch undemokratisch. So verfügt der „Special Representative of the Secretary General“ immer noch über alle Gewalt innerhalb seiner Organisation. Ein institutionelles Überprüfungssystem („accountability“ oder „checks and balances“) fehlt. Dieser Punkt verdient es insofern betont zu werden, als die Institution, welche das vorher angesprochene normative Sozialkapital implementieren sollte, selber mit einem anderen, faktischen Stock operiert, der dem normativen widerspricht. Das normative Kapital kann somit weder exemplarisch vorgemacht noch von der lokalen Gesellschaft als Vorbild erlebt werden²¹.

20 Sie ging nichtsdestotrotz auf den Vorsteher des ICO über.

21 Ein gutes, wenn auch anekdotisches Beispiel für die Machtfülle der UNMIK war der Prozess gegen Albin Kurti in den Jahren 2006/2007: Die UNMIK war zugleich Opfer, Ankläger, polizeiliche Behörde, Pflichtverteidiger, Richter und Vollzieher des Prozesses, bzw. der Strafe.

Bis zur Unabhängigkeit waren der kosovarische Staatsbesitz, die zentrale Finanzbehörde und der staatliche Haushalt dem SRSG unterstellt (UNMIK Regulation 1999/1 und 2000/7). Sowohl die Polizei als auch die Judikative unterstanden (oder: unterstehen – je nach Lesart) ihm. Die Bevölkerung konnte die Entscheidungen der UNMIK nicht durch ein ordentliches verwaltungsrechtliches Verfahren prüfen lassen. Die heute tätige EULEX verfügt zwar nicht über die exekutive Machtfülle der UNMIK, doch genauso wie die KFOR oder das in der Staatsverfassung verankerte ICO steht sie außerhalb der kosovarischen Rechtsordnung. Ihre Angehörigen sind als Personen und als Amtsträger ebenfalls ausgenommen (MARKO 2008; KRAMER/DŽIHIC 2007; KELLERMANN 2006).

Auf institutioneller Ebene fallen die internationalen Präsenzen durch ihre Selbstsicherheit auf, welche oft mit der herablassenden Behandlung der „Lokalen“ einhergeht (SCHWARZ 2002). Darüber hinaus ist die institutionelle Intransparenz ebenso bemerkbar wie die „Ungeduld“, möglichst schnell Ergebnisse herbeiführen zu wollen. Das in einigen Organisationen vorhandene Reporting präsentiert oft anstehende Ziele als bereits erreichte Zustände und tendiert zur Fokussierung auf den urbanen Raum beziehungsweise auf die Abstraktion realer Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen des Landes (TANSEY 2009; SERAGELDIN/DASGUPTA 2001; ZYGOJANNIS 2002). Die Personenbezogenheit der meisten internationalen Präsenzen ist ein weiteres Kennzeichen ihres faktisch vorhandenen Sozialkapitals. Viele NGO streben Teilziele an, welche von der gesellschaftlichen Realität (der Kosovo-Albaner, Serben und von anderen) als nicht prioritär, nicht machbar, ideologisch-dogmatisch oder schlicht lächerlich erachtet werden, Beispiel Suva Reka (MOALLA-FETINI 2005).

Auf persönlicher Ebene ist das Sozialkapital wiederum anders – aber nicht näher dem Normativen. Die weitgehende Befreiung des Personals der internationalen Präsenzen, die im Kosovo gültigen Gesetze einzuhalten, gepaart mit der hohen Kaufkraft dieses Personals, führt zu einem ostentativen Lebenswandel von Menschen, von denen behauptet wird, dass sie in ihren Heimatländern einen schlechteren Lebensstandard hätten. Die institutionelle Abschätzung lokaler Verhältnisse wird oft im persönlichen Umgang des Personals mit den „Lokalen“ abgebildet. Die Konjunktion aus Einkommen, relativer Einfachheit der Mission und anderen Faktoren führt viele dazu, sich durch verschiedene Missionen im Kosovo zu perpetuieren. Ein sichtbares Zeichen davon ist die fehlende Exit-Strategie aller inter- und multinationalen Missionen. Bei den NGO ist die Situation auf anderem Niveau ähnlich.

Zusammenfassend ist genau dieser Kontrast zwischen normativem und faktischem Sozialkapital festzustellen. Das faktische Sozialkapital der internationalen Präsenzen widerspricht ihren normativen Zielen, aber auch dem normativen Stock, den sie implementieren sollten^{22,23}.

22 Weitere Beispiele: Das Ziel der demokratischen Gesellschaft wird durch ein quasi-absolutistisches System ersetzt; die „Rule of Law“ sieht vor, dass ihre Wächter von ihr exkludiert sind; der Dialog, die multiethnische Gesellschaft, die Rückkehrrechte werden durch ihre Bürokratisierung erschwert und durch die herablassende Behandlung der „Lokalen“ wird ihnen widersprochen; die wirtschaftliche Entwicklung unter Wahrung der Eigentumsrechte wird durch ein intransparentes und ineffizientes Wirtschaften gehemmt und

3. Diskrepanzen und Wechselkurse

Diese Ausführungen sollen nicht bei einem nach Grundsatzkritik aussehenden Sachbefund bleiben, sondern den ökonomischen Austausch der verschiedenen Kapitalstöcke analysieren. Die oben erwähnten Kapitalstöcke kommen miteinander in Kontakt und beeinflussen sich gegenseitig. In diesem Abschnitt sollen nun einige Interaktionen dieser Arten von Sozialkapital exemplarisch angesprochen werden. Trotz der Beispielhaftigkeit der hier dargestellten Austauschbeziehungen sind diese nicht zufällig ausgewählt, sondern sprechen Sachverhalte an, welche die jüngere Geschichte des Landes stark prägen.

Kapital lässt sich austauschen, so auch das Sozialkapital. Dafür muss sich ein Austauschverhältnis – ein Wechselkurs – herausbilden, der meist eine Funktion der externen Kaufkraft, der systemischen Sicherheit und der Auf-, bzw. Entwertung des Kapitals selbst ist (IGLEHART/BAKER 2000; OSTROM 1999; KNACK/KEEFER 1997). Diese Faktoren hängen eng mit dem Vertrauen der Kapitalbesitzer in das System, das sowohl Werterhaltung als auch Austausch erlaubt, zusammen. Aber Kapitalaustausch und das Wechselkurssystem verursachen gewisse Transaktionskosten oder – im Fall von Sozialkapital – Transaktionsgewinne. So werden im Folgenden einige dieser „Wechselkurse“ sowie ihre Transaktionskosten/-Gewinne analysiert. Das eingangs dargestellte Trilemma oder die hier angesprochenen Diskrepanzen lassen sich pragmatisch in einem System von Wechselkursen von Sozialkapital minimieren oder lösen.

Im Folgenden werden lediglich drei Zusammenhänge näher dargestellt: der Institutionenaufbau, der wirtschaftliche Aufbau und die Entwicklung einer (multikulturellen) Gesellschaft. Selbstverständlich sind diese drei Ausprägungen einer gleichen Zielrichtung, doch genau deswegen ist es von Interesse zu sehen, wie sich verschiedene Wechselkurse dabei entwickeln können. Die Beschränkung auf diese drei Aspekte erfolgt aus pragmatischen Gründen; vor allem, weil die internationalen Präsenzen diese drei Dimensionen als besonders wichtige Felder erachten.

3.1. Institutionenaufbau und Politisierung der Prozesse

Die beiden ehemaligen UNMIK-Mitarbeiter Ian KING und Whit MASON stellen in ihrem Buch (2006) die These auf, dass die UNMIK durch strukturelle Fehler und falsche Einschätzung der Situation im Kosovo von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Auch ARTA (2008) stellt Ähnliches fest, greift aber (wohl intuitiv) Fragen zum Sozialkapital auf: “The complicated system of governance and the ambiguity produced by the lack of a clear accountability structure, in combination with the inexperience and weakness of Kosovo’s formal institutions, made the situation even more difficult. The result was the strengthening of non-institutional regulatory mechanisms, such as those based on family and client ...” (ARTA 2008: 213–214).

selbst die Entmilitarisierung der UÇK sieht sich mit dem militärischen Traditionalismus der KFOR konfrontiert.

- 23 Diese Aufstellung ist weder eine Kritik noch selbst normativ; sie bildet lediglich vorhandenes Sozialkapital ab. Insbesondere wird hier die Frage nicht erläutert, ob diese Praxis so bestehen muss, um die theoretischen Ziele implementieren zu können.

Trotz dieser Kritik hat die UNMIK einen wichtigen Erfolg auszuweisen, nämlich Akzeptanz der UN-Resolution 1244 und ihrer Strukturen durch die politische Elite der Kosovo-Albaner, wodurch deren eigene Parallelinstitutionen aufgelöst wurden.

Es ist unklar, wie weit es gelang, moderne Ansätze von demokratischen Institutionen zu etablieren, denn ethnonationale Verhaltensweisen, Klientelismus und eine allgemeine Verantwortungslosigkeit der politischen Klasse bleiben nach allgemeiner Meinung weiterhin bestehen (WELTBANK 2011, USAID 2006). Trotzdem ist die Verankerung des institutionellen Ablaufs gelungen, obschon die lokalen politischen Akteure wenig Erfahrung mit modernen Demokratien haben. Sie stehen auch unter einem doppelten Legitimitätsdruck; einerseits vor den internationalen Präsenzen und andererseits vor der eigenen Bevölkerung. Dies führt dazu, dass die entsprechende politische Partei als erweiterte Familie oder erweitertes Dorf gehandhabt wird, d.h. mit einer hohen Kohäsion und Arbeitsverteilung unter den oft regional organisierten Mitgliedern, aber auch einer großen Intransparenz nach außen und einem deutlichen Personenbezug. Derzeit ist auf politischer Ebene im Kosovo eher ein „Bonding“ innerhalb bestimmter Gruppen zu beobachten; ein politisches „Bridging“, eines der Hauptausrichtungen des normativen Kapitals, scheint derzeit nicht einzutreten.

Die Fokussierung der internationalen Präsenzen auf das Abhalten von Wahlen als Verankerung demokratischer Prozesse und auf den Aufbau der staatlichen Bürokratie als Verankerung der „good governance“ einerseits (KRAMER/DŽIHIĆ 2007) und die Vorstellung der „Partei-als-Familie“ andererseits führten wiederum zu einer Politisierung sämtlicher Aufbauprozesse im Land. Diese Prozess-Politisierung ist wiederum der Wechselkurs des Zusammenlebens der UNMIK mit den politischen Machthabern im Kosovo. In modernen Demokratien wird der Politik-Prozess neutral gestaltet, dafür werden die Politik-Inhalte ideologisch oder programmatisch ausgerichtet. Während die Narrative der Politikinhalte dem normativen Sozialkapital der internationalen Präsenzen angepasst werden, bleiben die politischen Prozesse im faktischen Sozialkapital des Kosovo verankert. So werden gerade die Prozesse dem Diktum der Parteien, ihrer Ziele, Strukturen und Programme, unterworfen.

Es ist gelungen, den kosovarischen Institutionen den Mantel der internationalen Anerkennung zu geben. Nach den formalen Kriterien und dem internationalen Reporting funktionieren die Institutionen nach den Prinzipien der „Rule of Law“, der Gewaltentrennung und der Verantwortung dem Parlament und dem Volk gegenüber – auch wenn mit Mängeln. Doch es wurde bereits darauf hingewiesen, dass dieses Reporting einer Zirkularität innerhalb des normativen Sozialkapitals der internationalen Präsenzen entstammt und oft die normative a priori festgelegte Zielsetzung als a posteriori erreichten Sachverhalt wiedergibt – und zwar unabhängig von einer empirischen Evidenz. In anderen Worten: Das Reporting widerspiegelt die Desiderata des normativen Sozialkapitals ohne das faktische abzubilden.

Die offiziellen Institutionen im Kosovo verbinden das normative Sozialkapital, das durch die Standards definiert wird, mit dem faktischen, in der kosovo-albanischen Gesellschaft verankerten Sozialkapital, das sowohl den Politik-Prozess als auch die Institutionen an sich als Feld behandelt, auf dem Interessen kohäsiver Gruppen zu behaupten sind. Das führt oft zum angeprangerten System von Personifizierung, Klientelismus und Regionalismus in der Politik (SCHNEIDER/SCHNEIDER 2011).

Die Akzeptanz und weitgehende Institutionalisierung der prozessoralen politischen Standards unterliegt dem Wechselkurs der Überpolitisierung der Entscheidungsfindung (eben dieser Prozesse). Einfach dargelegt: Es wäre nicht so, dass unter „normalen“ Umständen jeder Verwaltungsakt eine politische Dimension hätte, sondern vielmehr, dass der kosovo-albanische Grundstock an Sozialkapital sich nun in seinen Belangen, Bindungen, Verpflichtungen und Leistungen in der Sprache des durch die internationalen Präsenzen gewollten politischen Systems – der politischen Prozesse, statt der politischen Inhalte – artikuliert.

3.2. Wirtschaftlicher Aufbau und Infrastrukturprojekte

Eine ähnliche Austauschbeziehung hat sich im Bereich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus ergeben. Aus der Idee des allgemeinen Aufbaus einer tragfähigen Wirtschaft mit strategischen Erfolgsfaktoren und der Schaffung von Skaleneffekten wurde eine Fokussierung auf Privatisierungen und Infrastrukturinvestitionen. Angestiftet durch die großzügige Bereitstellung von Geldern für die Finanzierung möglichst großer, sichtbarer Projekte einerseits und getragen von der bereits mehrfach angesprochenen ideellen Berichterstattung andererseits, wurde der Aufbau von Großinfrastruktur (anstatt des gezielten Aufbaus einer strategisch angelegten und nachhaltigen Wirtschaft²⁴) einseitig bevorzugt. Und so fungieren die Infrastrukturprojekte als eine Art Wechselkurs, der diese Diskrepanz überbrückt. Auch wenn sich diese Ausgaben als Investitionen deklarieren lassen, dienen sie nicht der Erfüllung der in den Standards gemachten normativen Vorgaben, da sie weder Standortfaktoren aufbauen noch zur Erzielung von Skaleneffekten beitragen. Sie schaffen auch keine Voraussetzungen für das Gedeihen von „Entrepreneurship“, das vom normativen Sozialkapital erwünscht ist (Standard fünf und sechs). Stattdessen werden die Großprojekte im Lande aufgrund historischer Meriten und Verpflichtungen verteilt²⁵.

Infrastrukturen sind nur so gut wie die Strukturen, die sie verbinden sollen. Wenn die Strukturen selbst fehlen, beziehungsweise wenn die Ausrichtung des Strukturbaus selbst lückenhaft ist, sind die Investitionen in Großprojekte ökonomisch einen „Schuss im Dunkeln“, da die Evaluationskriterien ihrer Tauglichkeit fehlen.

Doch in ihrer Funktion als Wechselkurs dienen die Infrastrukturprojekte wohl, um ältere Investitionen abzubezahlen. Wie oben erwähnt, verlangte die Bildung des faktischen Kapitalstocks für den Kosovo-Konflikt bestimmte Investitionen, bei-

24 Im Sinne einer wirtschaftlichen Entwicklung, die es dem Land erlaubt, Know-how zu akkumulieren und somit auch soziale Fortschritte (unter Beachtung eines schonenden Umgangs mit der Umwelt) vorantreibt.

25 Kommentatoren gehen (normativ) von einem dreifachen „crowding-out“ aus. Erstens verdrängen Infrastrukturinvestitionen den Unternehmergeist, weil es für die lokale Bevölkerung einfacher ist, abzuwarten, bis die internationalen Präsenzen oder die Regierung eine Unternehmung gründen, führen oder Mittel zur Verfügung stellen. Zweitens wird aus demselben Grund das Lernen verdrängt, weil es einfach ist, abzuwarten, bis etwas durch andere vorgezeigt, gemacht oder verbessert wird. Damit wird aber kein Know-how aufgebaut oder entwickelt. Schließlich kommt es zum „crowding-out“ von Verantwortung; man tut lieber das, was die internationalen Präsenzen verlangen, als selbst die Richtlinien der Entwicklung vorzugeben und dafür einstehen zu müssen.

spielsweise die Anerkennung überregionaler Strukturen durch die weitgehend staatsfernen Dörfer, die persönliche und familiäre Unterordnung und die materielle Unterstützung der neuen Prozesse (konkret: der parallelen Institutionen und der UÇK). Die Investitionen in Infrastruktur bezahlen nun die früher gemachten Anstrengungen zurück. Einfach dargelegt: „Reciprocity“ bedeutet, dass der Politiker, der in Priština entscheiden darf, die Früchte getaner Arbeit zurück ins Dorf bringen muss. So sind die praktischen Bevorzugungen von bestimmten Regionen, Unternehmen und Personen in Sachen Infrastrukturinvestitionen zu erklären²⁶. So ist ebenfalls zu erklären, wie die Dimension des „Trust“ minimiert wird.

3.3. Gesellschaftlicher Aufbau und supervenierende Strukturen

Nach dem Krieg im Jahr 1999 änderte sich die gesellschaftliche Situation grundlegend. Die vor dem Krieg aufgebauten und funktionierenden Initiativen der kosovarischen „Zivilgesellschaft“ waren nicht mehr nötig, um die Gesellschaft als solche als eine albanische zu definieren und auch nicht mehr gefragt, um sie operativ zu erhalten. Das neue Paradigma wollte eine liberale, demokratische Gesellschaft nach „westlichem“ Vorbild. Es war die UN, die sich die Aufgabe zuschrieb, dieses neue Paradigma im Kosovo ex-nihilo zu implementieren. Grob verkürzt sollten die Bürger von den internationalen Organisationen lernen, „gleichberechtigte Teilnehmer an der Entscheidungsfindung“ in dem sich im Aufbau befindenden Kosovo zu werden. Vornehmlich NGO fanden sich im Kosovo ein und halfen, Strukturen nach „westlichen“ Standards aufzubauen. Verschiedene Subsysteme nahmen jedoch andere Ausprägungen an als die intendierten.

Die Implementierung „westlicher“ Standards baut auf das Vorhandensein verschiedener Grundstücke von Sozialkapital. Erstens geht es um Solidarität und freiwillige Leistung, mit der öffentliches Wohl gefördert wird. Zweitens ist die Eigeninitiative der Bürger notwendig, selbst gewisse Probleme zu erkennen und allgemeingültig zu lösen; das bedingt die Zurückstellung eines Teils der eigenen Interessen. Das ist wiederum möglich, weil die Bürger eine rational begründbare Erwartung haben dürfen, dass künftig eine Reziprozität stattfinden wird, da andere wiederum ihre Eigeninteressen zu Gunsten des Ganzen zurückstellen werden. Drittens, und damit diese Komponenten funktionieren können, ist eine effektive und zuverlässige Verwaltung notwendig, welche wiederum vom Vertrauensaustausch der Bürger untereinander und zwischen den Bürgern und den Institutionen lebt.

Nach dem Krieg setzte im Kosovo eine den oben beschriebenen Voraussetzungen entgegengesetzte Entwicklung ein. Für die Verwaltung zeichnete, wie bereits unter 3.1. dargelegt, die UNMIK verantwortlich, während die gewählte Regierung das Volk nur eingeschränkt regierte. Darüber hinaus ist in der Verwaltung des Landes ein Vakuum eigener Art dadurch entstanden, dass das Land nicht von seinen Menschen geführt wurde. Die Situation änderte sich mit der Unabhängigkeit wenig, denn das ICO hat eine in der Staatsverfassung verankerte Vetomacht (Verfassung Artikel 146

26 Journalisten wie Shkelzen Gashi und Halil Matoshi, unter anderen, haben schon verschiedentlich auf diesen Zusammenhang hingewiesen, vor allem in Hintergrundartikeln für die Tageszeitungen Koha Ditore und Zëri.

und 147). Mit anderen Worten: Die Regierung ist nicht der Allgemeinheit gegenüber verantwortlich, sondern den entsprechenden internationalen Präsenzen, welche wiederum dem Volk gegenüber auch nicht verantwortlich sind. Diese Entzweiung bricht das vorausgesetzte Vertrauensverhältnis und erschwert den Austausch von Vertrauen zwischen den Bürgern und den Institutionen (STAHL/HARNISCH 2009). Dies hat nicht nur Konsequenzen für den Institutionenaufbau, sondern auch für das Gedeihen einer „Zivilgesellschaft“.

Wenn die Politik wiederum jene Menschen bevorzugt, die in ihrer unmittelbaren Nähe sind, verlieren alle anderen, die vom System nicht unterstützt werden, das Vertrauen in die Gesellschaft als solche, das heißt, es kommt zu keinem Vertrauensaus-tausch zwischen den Bürgern. In der Perzeption vieler werden einige für vergangene Anstrengungen belohnt, ohne dass sich eine Perspektive ergibt, dass künftig alle be-lohnt werden. Dies führt zum Verlust des Glaubens an künftige Austauschverhält-nisse im Lichte der Reziprozität, und damit zur Verringerung jenes Sozialkapitals, auf dem Solidarität und Gemeinschaftssinn aufbauen. Einfacher formuliert: Es fehlt die „Sozialrendite“ des „Bridgings“ und damit entfällt der „Trust“

Damit hat der abrupte Paradigmenwechsel in der institutionellen Gestaltung des Landes jene Kapitalstöcke, welche für die Solidarität der Bürger und den freiwilligen Einsatz für die Gemeinschaft notwendig sind, merklich geschwächt. Ein ähnlicher Mechanismus greift im Mikrokosmos der verschiedenen – durchaus ideologisch ge-bundenen – kleinen NGO, welche sich dem lokalen Aufbau verpflichtet haben.

Um von den internationalen Geldgebern Unterstützung zu erhalten, werden weiterhin viele kleine Organisationen gegründet. Diese sind jedoch nicht hinreichend auf die Bedürfnisse der zu unterstützenden Bürger ausgerichtet, weil sie eher nach den Vorgaben und für die Ziele der Geldgeber arbeiten müssen, da sie sich um diese Mittel bewerben müssen und dafür den Kriterien der Geldgeber und nicht notwendi-gerweise jenen der „Nutznießer“ entsprechen müssen. Auf diese Weise kann keine Zivilgesellschaft entstehen, die sich aus der Bürgerschaft heraus entwickelt und Bür-gersinn schafft. Lulzim Peci, ehemaliger Leiter des KDI (Kosovo Democracy Insti-tute), bemerkt dazu: „Weil die Menschen nicht aus dem Bedürfnis, sich zu Gruppie-rungen zusammenzuschließen, zueinander kommen, sondern weil diese Gruppierun-gen Selbstzweck sind, hat man heute NGO und keine Zivilgesellschaft“²⁷. Hier greift ein anderes, eigentümliches Problem der NGO: Indem sie typische Staatsaufgaben übernehmen, unterhöheln sie die Legitimität des Staates; indem sie ihn jedoch als Austausch- und Ansprechpartner brauchen, geben sie ihm eine – andere Art – Legi-timität.

Die Antwort auf dieses normative Sozialkapital, aber auch auf den Widerspruch zwischen dem normativen und dem von den Angehörigen internationaler Präsenzen gelebten faktischen Sozialkapital ist eine ähnliche Trennung von Verpflichtung und Tun (Soll und Ist) seitens der kosovo-albanischen Mehrheit. Auf normativer Ebene behaupten die Institutionen, sich für ein „Bridging“ einzusetzen, auf faktischer Ebene wird eine durch „Bonding“-Momente definierte Parallelgesellschaft zur eige-

27 Peci in einem Interview 2009.

nen offiziellen Gesellschaft aufgebaut. Ein gutes Beispiel dafür ist der Ethnonationalismus.

Nach den normativen Vorgaben ist das Kosovo ein multiethnischer Staat mit sicheren Plätzen für die Minderheiten im Parlament, in den kulturellen Einrichtungen und im Budget. Doch der Wechselkurs dieser normativen Akzeptanz ist die faktische Verankerung und Priorisierung der albanischen Leitkultur und damit die Politisierung der Geschichtsdeutung. Die Anzeichen dafür sind am klarsten in der parallelen Staatssymbolik wie dem Adler²⁸, dem Dardanien-Stern²⁹, der Bevorzugung verschiedener UÇK-Symbole und Zeremonien, aber auch in den Schulbüchern und im Universitätsaufbau zu finden. Kaum wird eine kosovarische Flagge gehisst, ohne dass daneben eine albanische weht. Diese bedeutet nicht einen besonderen Respekt für den Bruderstaat, sondern setzt das Zeichen, dass dieser normativ-abstrakte, multiethnische Staat in Wirklichkeit ein albanischer ist.

Es ist ebenfalls ein Ausdruck ethnonationalen Wechselkurses, wenn Schulbücher mit Albanien koordiniert werden, um ein albanisches Geschichtsbild zu vermitteln, und zwar unabhängig der normativen Prinzipien, welche die Schule zu einer variierten Vermittlung des Selbst-Bildes eines multiethnischen Staates verpflichten. Ein drittes und letztes Beispiel mag die politische Entscheidungsfindung selber sein, die formal in den Parlamenten, Ministerräten und mit der Ermächtigung durch den Staatspräsidenten erfolgt, die aber in der Praxis von einer „Bonding“-Gruppe um den Premierminister vorgenommen wird.

Jener Widerspruch also, den die kosovo-albanische Gesellschaft in den Aktivitäten der internationalen Präsenzen erkennt, wird von ihr selbst in ihrem Handeln abgebildet. Sie verpflichtet sich im Großen dem vorgegebenen normativen Sozialkapital, kreierte aber eine parallele Welt, in der das faktische – ob modern oder „traditionell“ oder eine Mischung davon – gelebt werden kann. Diese Parallelwelt ist nicht eine geheime, hinter verschlossenen Türen stattfindende, sondern eine öffentliche, die auf den formalen Handlungen des normativen Protokolls supervenierte.

Einfach dargelegt: Genauso wie das faktische Sozialkapital der internationalen Präsenzen auf ihrem normativen supervenierte (und ihm dabei widerspricht), so

28 Die Flagge Albaniens – und das Symbol des „Albanertums“ – geht wohl auf den Nationalhelden Skanderbeg zurück. Er führte die antitürkischen Aufstände zwischen den Jahren 1443 und 1468 an, nachdem das sich immer mehr ausbreitende Osmanische Reich seit 1385 das byzantinische Restgebiet Epirus niederrang und damit das Gebiet des heutigen Albanien zu unterwerfen begann. Während des Aufstandes benutzte Skanderbeg rote Flaggen mit einem schwarzen doppelköpfigen Adler. Auch die Legende, dass die Albaner Nachkommen der Adler wären, mag hier eine Deutungsrolle spielen.

29 Der damalige Chef der Demokratischen Liga des Kosovo Ibrahim Rugova präsentierte auf einer Pressekonferenz am 29. Oktober 2000 eine Flagge des Kosovos, die den albanischen Adler auf einer roten Scheibe in einem goldenen Kreis auf blauem Grund zeigte. Oberhalb des Adlers stand ein sechseckiger, goldener Stern. Der Adler trug ein viergeteiltes Brustschild (Gold-Rot-Schwarz-Gold mit schwarzen Rädern in den goldenen Feldern) und ein Spruchband mit „DARDANIA“, einer unter Albanern verwendeten Bezeichnung für das Kosovo, welche wohl auf eine (mythische) Geschichte zurückgreift. Die Flagge konnte sich aber nicht durchsetzen. UÇK-Veteranen verbrannten sie sogar. Das Symbol bleibt aber als „Präsidentenflagge“ in Gebrauch.

„sitzt“ das faktische Sozialkapital der kosovo-albanischen Gesellschaft auf dem durch die internationalen Präsenzen intendierten normativen, und so wird ihm faktisch widersprochen.

4. Kollusive Lüge als Wechselkurs?

Gemäß OSTROM (1999) ist Sozialkapital schwer zu beobachten und ebenfalls schwer zu implementieren. Es ist vor allem schwer zu planen. Zu bestimmen, wie ein Zustand am Ende eines Prozesses aussehen soll, ist eine planerische Leistung, doch den genauen Prozess in die Wege zu leiten ist wiederum von einer Vielzahl von Annahmen abhängig. Diese haben sowohl einen endogenen als auch exogenen Charakter. Endogen wird davon ausgegangen, dass alle (internationalen) Akteure bereit sind, sich im Sinne des angestrebten Zustandes zu engagieren und auch während des Prozesses stets so zu handeln, als sei jener Zustand erreicht. D.h., endogen wird vorausgesetzt, dass es zu keiner faktischen Sozialkapitalakkumulation seitens der internationalen Präsenzen im Kosovo kommt. Exogen wird gleichfalls vorausgesetzt, dass die Lokalen bereit sind, sich gemäß dem angestrebten Endzustand zu verhalten, obschon sie ihn weder kennen noch je erlebt haben. D.h., es wird davon ausgegangen, dass das faktische Sozialkapital der Kosovo-Albaner in weiten Teilen zu Gunsten eines normativen Sozialkapitals abgegeben oder eingetauscht wird. Beide Annahmen scheinen zu weit gegriffen.

Reiter urteilt zusammenfassend über diese Annahmen: „Die zentrale Unzulänglichkeit der westlichen Politik ist dabei [...] der Umstand, dass mit Grundsatzpositionen (keine Änderungen der Grenzen, keine weitere Teilung von Staaten, Festhalten an multiethnischen Staaten) vorgegangen wird, anstatt analytisch und pragmatisch. [...] Das Problem der Sicherheitspolitik des Westens liegt in ihrer Grundsätzlichkeit“ (REITER 2008: 48).

Folgt aber daraus, dass die Politik internationaler Intervention nicht funktioniert? Dieses normative Urteil sei offen gelassen; was aber aus diesem Aufsatz folgt, ist, dass es zu einer eigenartigen Austauschbeziehung von Sozialkapital kommt. Dieser Austausch ist kein reiner Wechselkurs, sondern vergrößert die vorhandenen Kapitalstöcke in einer Art und Weise, wie es selten beobachtbar ist. Wieder nach OSTROM (1999) schafft Sozialkapital Mehrwert durch seinen Gebrauch, und zwar unabhängig davon, ob die Konsequenzen für die Gemeinschaft gut oder schlecht sind.

Die Erklärungsfigur der „kollusiven Lüge“³⁰ vermag dieses entstandene Sozialkapital treffend zu beschreiben. Nach ihr fügt sich die Gesellschaft gegen außen einer

30 Vgl. Fredrick G. BAILEY: *The Prevalence of Deceit*. Ithaca 1991, 34f. „Anthropologists today see ‘culture’ as reproduced, constructed in social interaction. It is not so much received ready made from the past as it is a fund of meaningful forms [...] that actors can deploy or invoke or ignore according to their interests in defining situations. ‘Reality’ is constructed piecemeal, as people engage socially (Barth 1993). In this interactive process people may even deliberately, consciously, construct a ‘reality’ that no one believes in – what Frederick G. Bailey calls a ‘collusive lie’ (1991: 34, 35). Collusive lies are the public conventions that groups agree with, for whatever reason, whether or not everyone agrees with them or is wholly committed to them. In such cases, individuals have particular reasons for joining the collusion; collusive lies are merely negotiated agreements for practical purposes. Under-

Ordnung, welche sie im Inneren nicht einhält. Genauer gesagt, der Gesellschaft wurde eine Ordnung gegeben – von den verschiedenen internationalen Präsenzen – welche im Lokalen nur oberflächlich angenommen wird. Dieser „organisatorische Mantel“ wird im Inneren der Gesellschaft – und so, dass die Ordnungsgebenden diese Prozesse nicht vollends erklären können – umgedeutet, umfunktioniert oder unterhöhlt. Die Ordnungsgebenden wiederum finden sich mit dieser „inneren Umdeutung“ ab, solange der organisatorische Mantel aufrechterhalten bleibt. Sie finden ihrerseits ebenfalls eine Nische, in der sie sich abgeschirmt neu definieren können.

Es ist nicht die Absicht dieses Artikels, eine allgemeine Theorie des Staatsaufbaus vorzustellen oder zu widerlegen oder gar die Bemühungen der internationalen Präsenzen im Kosovo als untauglich darzustellen. Im Gegenteil, es geht um eine vertiefte Analyse der Wirkungsweisen und Austauschbeziehungen zwischen diesen Körperschaften und den lokalen Gegebenheiten. Es geht um die Frage, wie die Diskrepanz von internationalen Vorgaben und lokalen Reaktionen im Kosovo entsteht. Die Antwort darauf liegt im Unterschied von Theorie und Praxis externer Intervention sowie in den lokalen Antworten darauf, genauer, im Austausch von normativem und faktischem Sozialkapital. Diese Diskrepanz wird hier im Lichte einer soziologisch-ökonomischen Theorie erklärt, mit dem Modell des Sozialkapitals. Die hier bevorzugte Erklärung fällt so aus, dass einerseits die internationalen Präsenzen das im Kosovo vorhandene Sozialkapital falsch einschätzten und nicht versuchten, es in ihrer Entscheidungsfindung angemessen zu berücksichtigen, und dass andererseits das von den internationalen Institutionen mitgebrachte Sozialkapital selber eine Reihe von Problemen für den Umgang mit dem Staatsaufbau darstellte.

Freilich bleiben diverse Aspekte noch zu untersuchen, so unter anderem beispielsweise, wie sich die Stöcke an Sozialkapital verändern, d.h. welcher zuerst und in welchem Maß verändert wird, ob Sozialkapital eine freie Austauschbeziehung ist und ob und welche Transaktionskosten entstehen. Auch die Erklärungsfigur der „kollusiven Lüge“ bleibt noch zu vertiefen.

Trotz dieses erheblichen Bedarfs für die weitere Forschung vermag dieser Artikel einen ersten Erklärungsrahmen zu bieten, der namentlich über die Normativität von KING und MASON hinausgeht und die Diskussion um die internationalen Präsenzen im Kosovo in einem anderen Licht darstellt. Das Besondere dieses Ansatzes ist die Erklärung der Bereitschaft beider Akteursgruppen, eine Austauschbeziehung einzugehen.

Bibliographie

- ANDERSON, James; PHILLIPS, James (1999): *The Kosovo Liberation Army and the Future of Kosovo*. Washington: Heritage Foundation.
- ARROW, Kenneth (1972): „Gifts and Exchanges“. *Philosophy and Public Affairs*, 1. 343–362.

neath the conventions that collectivities agree to comply with are individual understandings and private motives. This situation allows individuals to have agendas that are concealed in the public interaction”. Robert CANFIELD: „Trouble in Birgilich”, in: Jeff Sahadeo, Russel Zanca (eds.): *Everyday Life in Central Asia*. Bloomington, Indianapolis 2007, pp. 58–83, 58.

- ARTA, Ante (2008): "Exploring Social Capital, a Missing Link in the State-Building and development Process in Kosovo". *L'Europe en formation*, 249–350. 205–222.
- BOWLES, Samuel; GINTIS, Herbert (2001): "The Inheritance of Economic Status: Education, Class and Genetics". *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences: Genetics, Behavior and Society, Volume 6*. Marcus Feldman and Paul Baltes, eds. New York: Oxford University Press and Elsevier. 4132–4141.
- BOHN, Thomas M.; CALIC, Marie-Janine (Hrsg.) (2010): *Urbanisierung und Stadtentwicklung in Südosteuropa vom 19. bis zum 21. Jahrhundert*. München, Berlin: Otto Sagner.
- CLARK, Howard (2000): *Civil Resistance in Kosovo*. London: Pluto Press.
- GARSTKA, Grant Jude (2010): "Post-conflict urban planning: The regularization process of an informal neighborhood in Kosova/o". *Habitat international*, 34. 86–95.
- IGLEHART, Ronald; BAKER, Wayne (2000): "Modernization, Cultural Change and the Persistence of Traditional Values". *American Sociological Review*, 65. 19–51.
- INGLEHART, Ronald et al. (2000): *World Values Survey and European Values Survey 1981–1984, 1990–1993, and 1995–1997*. Ann Arbor, MI: Institute for Social Research.
- KASER, Karl (1996): "Household and family contexts in the Balkans". *The History of the Family*, 1. 375–386.
- KASER, Karl (2000): *Macht und Erbe*. Wien: Böhlau.
- KELLERMANN, Beate (2006): *Das Kosovo zwischen Standard und Status*. Stuttgart: ibidem-Verlag.
- KING, Ian; MASON, Whit (2006): *Peace at Any Price: How the World Failed Kosovo*. London: Hurst.
- KNACK, Stephen; KEEFER, Philipp (1997): "Does Social Capital Have an Economic Payoff? A Cross-Country Investigation". *Quarterly Journal of Economics*, 112. 1251–1288.
- KNAUS, Gerald; MARTIN, Felix (2003): "Travails of the European Raj". *Journal of Democracy*, 13. 60–74.
- KOHL, Christine von; DŽIHIĆ, Vedran; GASHI, Dardan (Hrsg.) (2004): *Kosovo 2004: Ein Schritt vorwärts, zwei zurück*. Balkan Diskurs 2, Jg. 4, Heft 2 (2004).
- KRAMER, Helmut; DŽIHIĆ, Vedran (2007): *Die Kosovo-Bilanz: Scheitert die Internationale Gemeinschaft?* Wien: Lit-Verlag.
- KUNZ, Volker (2000): „Kulturelle Variablen, organisatorische Netzwerke und demokratische Staatsstrukturen als Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung im internationalen Vergleich“. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 52. 195–225.
- MARKO, Josef (Hrsg.) (1999): *Gordischer Knoten Kosovo/a: Durchschlagen oder entwirren?* Baden-Baden: Nomos.
- MARKO, Josef (2008): "The New Kosovo Constitution in a Regional Comparative Perspective". *Review of Central and East European Law* 33. 437–450.
- MOALLA-FETINI, Rakia et al. (2005): *Kosovo: gearing policies toward growth and development*. Washington: International Monetary Fund.
- OECD (2000): *Employment Outlook, Chapter 2, Disparities in Regional Labour Markets*, page 43 (<http://stats.oecd.org/glossary/detail.asp?ID=3560>), letzter Zugriff 9.12.2011.
- OSTROM, Elinor (1999): "Social capital: a fad or a fundamental concept?" In: P. Dasgupta, I. Serageldin (eds.): *Social Capital, a Multifaceted Perspective*. Washington, DC: The World Bank. 172–214.
- PETRITSCH, Wolfgang; KASER, Karl; PICHLER, Robert (1999): *Kosovo/Kosova. Mythen, Daten, Fakten*. Klagenfurt: Wieser.
- PROROK, Christiane (2004): *Ibrahim Rugovas Leadership*. Frankfurt/Main: Peter Lang.
- PUTNAM, Robert (1993): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy* Princeton: Princeton University Press.
- REITER, Erich; SELTEN, Reinard (2003): *Zur Lösung des Kosovo-Konfliktes: Die Anwendung der Szenariobündelanalyse im Konfliktmanagement*. Baden-Baden: Nomos.

- REITER, Erich (Hrsg.) (2007): *Europa ohne Sicherheit. Chancen und Risiken der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik*. Wien: Böhlau.
- REUTER, Jens; Clewing, Konrad (Hrsg.) (2002): *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Verlauf – Perspektiven*. Klagenfurt: Wieser.
- ROTH, Klaus (1997): „Soziokultureller Wandel im südosteuropäischen Dorf nach dem zweiten Weltkrieg“. In: F. D. Grimm (Hrsg.): *Das Dorf in Südosteuropa zwischen Tradition und Umbruch*. München: Südosteuropa-Institut. 64–75.
- ROSSBACHER, Dina (2004): *Friedenssicherung am Beispiel der Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) – Die Zivilverwaltung als neue Form der Friedenssicherung*. Hamburg: Verlag Dr. Kovač.
- RRAPI, Gjergj (2003): *Die albanische Großfamilie in Kosovo*. Übers. v. Kristë Shtufi. Red. v. Helmut Eberhart u. Karl Kaser. Zur Kunde Südosteuropas. Albanologische Studien. Wien: Böhlau.
- SCHNEIDER, Christian; SCHNEIDER, Henrique (2011): „Kosovo: Geschichte zweier Narrative“. *Zeitschrift für Balkanologie*, 47, 1. 107–128.
- SCHWARZ, Axel (2002): „Rückkehr des Absolutismus? Machtstrukturen in UNMIK's Kosovo“. *Südosteuropa*, 51. 527–542.
- SERAGELDIN, Ismail; DASGUPTA, Partha (Hrsg.) (2001): *STANDARDS for KOSOVO* „A Kosovo where all – regardless of ethnic background, race or religion – are free to live, work and travel without fear, hostility or danger and where there is tolerance, justice and peace for everyone“. Washington: World Bank Publications.
- STAHL, Bernhard; HARNISCH, Sebastian (Hrsg.) (2009): *Vergleichende Aussenpolitikforschung und nationale Identitäten: Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996–2008*. Baden-Baden: Nomos.
- SUNDHAUSSEN, Holm (1997): „Vom Vor- zum Frühkapitalismus. Die Transformation des Dorfes und der Landwirtschaft im Balkanraum vom 19. Jahrhundert bis zum zweiten Weltkrieg“. In: F. D. Grimm (Hrsg.): *Das Dorf in Südosteuropa zwischen Tradition und Umbruch*. München: Südosteuropa-Institut. 29–48.
- World Bank (2011): *Doing Business in Kosovo*. Washington DC: The World Bank.
- TANSEY, Oisín (2009): „Kosovo: Independence and Tutelage“. *Journal of Democracy*, 20. 153–166.
- USAID (Program Office Bureau for Europe & Eurasia) (2006): *Monitoring Country Progress in Eastern Europe & Eurasia*. U.S. Agency for International Development Working Paper Series 2006/10.
- ZYGOJANNIS, Philipp (2002): *Die Staatengemeinschaft und das Kosovo – Humanitäre Intervention und internationale Übergangsverwaltung unter Berücksichtigung einer Verpflichtung des Intervenienten zur Nachsorge*. Berlin: Duncker & Humboldt.